

Einzelplan 02

Zu Budgeteinheit 02 100:

I. Vertretung des Landes beim Bund

I.1 Beschreibung der Budgeteinheit

Die Vertretung des Landes beim Bund (LV-B) ist eine Dienststelle der Ministerin für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien im Geschäftsbereich der Ministerpräsidentin.

In der LV-B in Berlin laufen die Fäden für die Bundesangelegenheiten des Landes zusammen.

Von hier aus wird die Mitwirkung des Landes im Bundesrat vorbereitet, hier werden die nordrhein-westfälischen Interessen vertreten und die Anliegen des Landes in die Gesetzgebung eingebracht.

Das Haus ist zugleich Schaufenster des Landes und zeigt regelmäßig Beispiele seiner kulturellen, wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Stärken. Damit ist die Landesvertretung die "Botschaft" der 18 Millionen Bürgerinnen und Bürger Nordrhein-Westfalens in Berlin.

I.2 Ressourcenbezogener Haushaltsansatz der Budgeteinheit	Ansatz 2012 EUR	SOLL 2011 EUR	Differenz 2012-2011 EUR	IST 2010 EUR
Produktkosten	7 018 900	6 848 900	170 000	7 106 630
- AfA	120 000	120 000	-	127 048
- Erlöse in eigener Verantwortung	12 500	12 500	-	1 213 226
= Zuführungsbedarf	6 886 400	6 716 400	170 000	5 766 356
Investitionsmittel	179 100	179 100	-	-

I.3 Transfermaßnahmen	Ansatz 2012 EUR	SOLL 2011 EUR	Differenz 2012-2011 EUR	IST 2010 EUR

Es werden keine Transfermaßnahmen ausgewiesen.

I.4 Infrastrukturmaßnahmen	Ansatz 2012 EUR	SOLL 2011 EUR	Differenz 2012-2011 EUR	IST 2010 EUR

Es werden keine Infrastrukturmaßnahmen ausgewiesen.

I.5 Projektmaßnahmen	Ansatz 2012 EUR	SOLL 2011 EUR	Differenz 2012-2011 EUR	IST 2010 EUR

Es werden keine Projektmaßnahmen ausgewiesen.

I.6 Kennzahlen der Budgeteinheit	Ansatz 2012	SOLL 2011	Differenz 2012-2011	IST 2010
Zahl der Veranstaltungseinheiten *1	1 300	1 300	-	901
Zahl der Gäste bei Veranstaltungen	26 000	26 000	-	25 466
Zahl der Übernachtungen	2 500	2 500	-	1 830
Auslastung des Gästehauses in % *2	80	80	-	92
Fahrleistung in km	44 000	44 000	-	42 386

*1 Zur besseren Zuordnung der Ressourcen und zur besseren Vergleichbarkeit der ein- und mehrtägigen Veranstaltungen wird die Kennzahl "Veranstaltungseinheiten" verwendet. Sie löst mehrtägige Veranstaltungen in entsprechende Veranstaltungseinheiten auf (z.B. entspricht eine zweitägige Veranstaltung zwei Veranstaltungseinheiten).

*2 Die Auslastung des Gästehauses wurde unter Berücksichtigung der Schließphasen während der parlamentarischen Sommer- und Winterpause und an den Wochenenden ermittelt.

I.7 Haushaltsvermerke

II. Erläuterungen

II.1 Grundkennzahlen der Budgeteinheit	Ansatz 2012	SOLL 2011	Differenz 2012-2011	IST 2010
Zahl der Beschäftigten	52	52	–	55
Zahl der zu betreuenden Plenar-, Ausschuss- und Unterausschusssitzungen von Bundestag und Bundesrat ca.	1 000	1 000	–	1 000
Zahl der im Bundesrat behandelten Vorlagen	769	769	–	618

II.2 Ressourceneinsatz (Produktgebundene Ressourcen / Kosten und Erlöse) und Produktkennzahlen					
Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2012	SOLL 2011	Differenz 2012-2011	IST 2010
1	Bundes- und Europapolitik (Kosten)	1 965 292,00	1 917 692,00	47 600,00	1 410 026,01
	Erlöse in eigener Verantwortung	–,—	–,—	–,—	304,84
	Stellen (Vollzeitäquivalente)	13,16	13,16	–,—	13,12
	%-Anteil an den Kosten der Budgeteinheit	28,00	28,00	–,—	19,11
2	Veranstaltungen (Kosten)	4 211 340,00	4 109 340,00	102 000,00	4 829 393,93
	Erlöse in eigener Verantwortung	12 000,00	12 000,00	–,—	1 208 045,27
	Stellen (Vollzeitäquivalente)	9,00	9,00	–,—	9,40
	%-Anteil an den Kosten der Budgeteinheit	60,00	60,00	–,—	72,00
3	Kommunikation (Kosten)	280 756,00	273 956,00	6 800,00	199 581,51
	Erlöse in eigener Verantwortung	–,—	–,—	–,—	24,67
	Stellen (Vollzeitäquivalente)	3,64	3,64	–,—	3,21
	%-Anteil an den Kosten der Budgeteinheit	4,00	4,00	–,—	3,00
4	Gästehaus (Kosten)	350 945,00	342 445,00	8 500,00	486 416,41
	Erlöse in eigener Verantwortung	500,00	500,00	–,—	4 757,31
	Stellen (Vollzeitäquivalente)	1,33	1,33	–,—	1,75
	Kosten pro Übernachtung	140,38	136,98	3,40	263,20
	%-Anteil an den Kosten der Budgeteinheit	5,00	5,00	–,—	2,00
5	Fahrdienst (Kosten)	210 567,00	205 467,00	5 100,00	181 211,89
	Erlöse in eigener Verantwortung	–,—	–,—	–,—	93,47
	Stellen (Vollzeitäquivalente)	2,09	2,09	–,—	2,09
	Kosten pro gefahrenen km	4,79	4,67	0,12	4,27
	%-Anteil an den Kosten der Budgeteinheit	3,00	3,00	–,—	3,00
Summe der Produktkosten		7 018 900,00	6 848 900,00	170 000,00	7 106 629,75
- Summe AfA		120 000,00	120 000,00	–,—	127 047,82
- Summe der Erlöse in eigener Verantwortung		12 500,00	12 500,00	–,—	1 213 225,56
= Zuführungsbedarf		6 886 400,00	6 716 400,00	170 000,00	5 766 356,37

II.3 Erläuterungen zum Ressourceneinsatz

Die Zahlen des "Ist 2010" beruhen auf dem Rechnungsabschluss 2010 (Ist-Kosten- und Leistungsrechnung und Ist-Buchhaltung).

Das "Soll 2011" entspricht den Ansätzen des Haushaltsplans 2011.

Der "Ansatz 2012" entspricht dem ermittelten Bedarf auf der Basis der zu erwartenden Leistungen und Aufwände.

Die ausgewiesenen Vollzeitäquivalente (VZÄ) beziehen sich nur auf direkt den einzelnen Produkten zugewiesene VZÄ. VZÄ, die auf die Produkte verrechnet werden (z.B. Dienststellenleitung, Verwaltung), sind hier nicht abgebildet.

Zu dem Produkt "Veranstaltungen" wurden Leistungselemente gebildet, deren Differenzierung sich einerseits nach dem Ressourcenverbrauch und andererseits nach dem Typ der Veranstaltungen richtet.

Bei den Veranstaltungen mit Bewirtung werden die Gesamtsoten der Gastronomie in Höhe von 413.350,50 € (Ist 2010, 8,56 % der Kosten der Veranstaltungen) berücksichtigt.

Einzelplan 02

Zu Budgeteinheit 02 100:

II.4 Strategische Ziele der Budgeteinheit

Die Landesvertretung Berlin verfolgt das Ziel, bei den wichtigsten Entscheidern und Multiplikatoren in der Bundeshauptstadt ein attraktives, glaubwürdiges und nachhaltiges Bild Nordrhein-Westfalens zu pflegen. Ihr ist die Aufgabe anvertraut, die Reputation des Landes in Berlin zu wahren und zu mehren. Darüber hinaus soll sie im Vergleich zu den anderen Landesvertretungen größtmögliche Wirkung erzielen.

1. Bundes- und Europapolitik

Das Produkt Bundes- und Europapolitik besteht aus fünf Arten von Dienstleistungen:

- a) Verhandeln der Bundesgesetze und Verordnungen in den Ausschüssen des Bundesrates und Vorbereitung der Plenarsitzungen des Bundesrates
- b) Beobachtung der Beratungen des Deutschen Bundestages
- c) Pflege der Kontakte zu den Dienststellen der Bundesregierung
- d) Verfügbarkeit als Ansprechpartner für die nordrhein-westfälischen Akteure in Fragen der Bundes- bzw. Landespolitik
- e) Beantwortung von internen und externen Anfragen an die Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten

Das strategische Oberziel in diesem Bereich besteht darin, den Einfluss des größten deutschen Bundeslandes auf die Bundesgesetzgebung zu erhöhen, um einerseits die landespolitischen Interessen bestmöglich zur Geltung zu bringen und andererseits einen Beitrag zu einer besseren nationalen Rechtsetzung zu leisten.

Strategische Unterziele sind:

- a) Konsequentes Wissensmanagement zum Aufbau eines Kompetenzzentrums für Bundes- und Europaangelegenheiten gemeinsam mit der Landesvertretung Brüssel und der Abteilung IV (Europa, Internationale Angelegenheiten und Medien) der Staatskanzlei
- b) Maximierung der Präsenz und Schärfung des Profils Nordrhein-Westfalens im Bundesrat durch Redebeiträge, Einbringung politischer Positionen und Entschlüsse sowie Medieninformationen
- c) Weitere Optimierung der Arbeitsschwerpunkte, -abläufe und -geschwindigkeit mit Blick auf die Bedürfnisse der Partnerinnen und Partner im Land und in der Bundeshauptstadt
- d) Aufbereitung der Schwerpunktthemen der Landespolitik für die Hauptstadtkommunikation, insbesondere für das Veranstaltungsprogramm der Landesvertretung

2. Veranstaltungen

Das Produkt Veranstaltungen wird in Kategorien differenziert, die sich nach ihrer strategischen Priorität, inhaltlichen Komplexität, öffentlicher Wirkung und Kosten-/Nutzenrelation unterscheiden.

Das strategische Oberziel besteht darin, das Veranstaltungsprogramm durch diese Differenzierung stärker zu fokussieren und in einen inhaltlichen Zusammenhang einzubetten. Im Mittelpunkt soll die Entwicklung von Themen stehen, mit denen Nordrhein-Westfalen in der öffentlichen Wahrnehmung der Bundeshauptstadt verbunden werden möchte. Neben einzelnen Events sollen zunehmend Programmlinien entstehen, die möglichst langfristig verfolgt werden. Dabei werden auch Partnerschaften mit Kompetenzträgern aus dem privaten und gemeinnützigen Sektor geschlossen. Das Veranstaltungshandeln wird grundsätzlich evaluiert, um seine tatsächliche Wirkung zu überprüfen und daraus Schlüsse für die Zukunft zu ziehen.

3. Kommunikation

Das Produkt Kommunikation umfasst hauptsächlich die Arbeitsfelder Medienbeziehungen, Web-Kommunikation, Direktkommunikation und internationale Beziehungen.

Insgesamt wird hier das strategische Ziel verfolgt, mit zeitgemäßen Methoden der Kommunikation bei den relevanten Bezugsgruppen in der Bundeshauptstadt ein glaubwürdiges, attraktives und nachhaltiges Bild von Nordrhein-Westfalen zu erzeugen. Dieses Bild soll von den gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Stärken des Landes geprägt sein.

Strategische Unterziele sind:

- a) Intensivierung der Betreuung der Presse- und Medienvertreter in der Bundeshauptstadt
- b) Erhöhung der überparteilichen Medienresonanz in der Bundeshauptstadt und in Nordrhein-Westfalen
- c) Erhöhung der Interaktivität und Attraktivität der Website der LV-B im Zusammenwirken mit den anderen Bereichen der MBEM
- d) qualitative Anreicherung der Kontaktdaten in der Datenbank der LV-B
- e) Vertiefung des Dialogs mit den wichtigsten Bezugsgruppen

4. Gästehaus

Das Gästehaus steht allen Mitgliedern der Landesregierung, des Landtags und Beschäftigten der Landesministerien in Ausübung ihrer Dienstgeschäfte zur Verfügung. Mit diesem Produkt verfolgt die Landesvertretung das strategische Ziel, dem genannten Personenkreis einen möglichst individuellen und zuverlässigen Service und damit eine effiziente Nutzung der Arbeitszeit in der Bundeshauptstadt zu ermöglichen. Der im Vergleich zu anderen Landesvertretungen sehr hohe Auslastungs- und Kostendeckungsgrad soll gehalten werden.

Das Produkt Gästehaus umfasst hauptsächlich die folgenden Dienstleistungen:

- a) Übernachtungs- und Frühstücksservice
- b) 24-Stunden Rezeption und Sicherheitsdienst
- c) Vermittlung von Hotelzimmern in der Innenstadt zu Sonderkonditionen (bei Vollbelegung des Gästehauses)

5. Fahrdienst

Der Fahrdienst ist der zentrale Ansprechpartner für alle Mobilitätsfragen in der Landesvertretung. Dieses Produkt möchte die Landesvertretung möglichst effizient gestalten und das günstige Kostenniveau halten.

Daneben soll die besondere Qualität dieser Dienstleistung bewahrt werden: Unfallfreiheit, vollständige Wahrung der Dienstgeheimnisse, genaue Kenntnis der Sicherheits- und Verkehrslage in der Bundeshauptstadt, individueller Service für alle Mitglieder der Landesregierung.

II.5 Transfermaßnahmen					
Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2012	SOLL 2011	Differenz 2012-2011	IST 2010
Summe der Transfermittel		—,—	—,—	—,—	—,—
davon Landesanteil		—,—	—,—	—,—	—,—
- Summe der Erlöse der Transfermittel		—,—	—,—	—,—	—,—
= Zuführungsbedarf Transfermittel		—,—	—,—	—,—	—,—

II.6 Erläuterungen zu Transfermaßnahmen

II.7 Infrastrukturmaßnahmen					
Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2012	SOLL 2011	Differenz 2012-2011	IST 2010
Summe der Infrastrukturmaßnahmen		—,—	—,—	—,—	—,—
- Summe der Erlöse der Infrastrukturmaßnahmen		—,—	—,—	—,—	—,—
= Zuführungsbedarf für Infrastrukturmaßnahmen		—,—	—,—	—,—	—,—

II.8 Erläuterungen zu Infrastrukturmaßnahmen

II.9 Projektmaßnahmen					
Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2012	SOLL 2011	Differenz 2012-2011	IST 2010
Summe der Kosten für Projektmaßnahmen		—,—	—,—	—,—	—,—
- Summe AfA		—,—	—,—	—,—	—,—
- Summe der Erlöse der Projektmaßnahmen		—,—	—,—	—,—	—,—
= Zuführungsbedarf für Projektmaßnahmen		—,—	—,—	—,—	—,—

II.10 Erläuterungen zu Projektmaßnahmen

Einzelplan 02
Zu Budgeteinheit 02 100:

III. Finanzbereich

III.1 Finanzrechnung	Ansatz 2012 EUR	SOLL 2011 EUR	Differenz 2012-2011 EUR	IST 2010 TEUR
OG 11, 12 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit und aus Vermögen (ohne Zinsen)	12 500	12 500	-	2
OG 13 Erlöse aus Veräußerungen	-	-	-	-
OG 14-16 Einnahmen aus Gewährleistungen und Zinsen	-	-	-	-
OG 17, 18 Darlehensrückflüsse	-	-	-	-
HG 2 Zuweisungen u. Erstattungen mit Ausnahme von Investitionen	-	-	-	1 211
OG 33, 34 Zuweisungen, Zuschüsse für Investitionen	-	-	-	-
OG 38 Haushaltstechnische Verrechnungen	-	-	-	-
Summe der Einnahmen	12 500	12 500	-	1 213
HG 4 Personalausgaben	3 017 200	2 769 600	+247 600	2 602
OG 51-54 Sächliche Verwaltungsausgaben	3 602 700	3 680 300	-77 600	4 415
HG 6 Zuweisungen und Zuschüsse	-	-	-	-
HG 7 Baumaßnahmen	-	-	-	-
OG 81 Erwerb von beweglichen Sachen	179 100	179 100	-	176
OG 82 Erwerb von unbeweglichen Sachen	-	-	-	-
OG 83 Erwerb von Beteiligungen	-	-	-	-
OG 85, 86 Darlehen	-	-	-	-
OG 87 Inanspruchnahme aus Gewährleistungen	-	-	-	-
OG 88, 89 Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	-	-	-	-
HG 9 Bes. Finanzierungsausgaben	-	-	-	-
Summe der Ausgaben	6 799 000	6 629 000	+170 000	7 192

III.2 Erläuterungen zum Finanzbereich

III.3 Verpflichtungsermächtigungen	Verpflichtungs- ermächtigung	fällig in		
		2012	2013	2014
		EUR	EUR	EUR
Verpflichtungsermächtigungen Ergebnisbudget	-	-	-	-
Verpflichtungsermächtigungen Transfermaßnahmen	-	-	-	-
Verpflichtungsermächtigungen Infrastrukturmaßnahmen	-	-	-	-
Verpflichtungsermächtigungen Projektmaßnahmen	-	-	-	-
Summe Verpflichtungsermächtigungen	-	-	-	-

III.4 Erläuterungen zu den Verpflichtungsermächtigungen

IV. Identitätsnachweis

IV.1 Identitätsrechnung	Ansatz 2012 EUR	SOLL 2011 EUR	Differenz 2012-2011 EUR	IST 2010 TEUR
Summe der Einnahmen	12 500	12 500	–	1 213
– Einnahmen Transfermittel (kameral)	–	–	–	–
– Einnahmen Infrastrukturmittel (kameral)	–	–	–	–
– Einnahmen Projektmittel (kameral)	–	–	–	–
+ Nicht zahlungswirksame Erträge	–	–	–	–
= Erlöse in eigener Verantwortung	12 500	12 500	–	1 213
Summe der Ausgaben	6 799 000	6 629 000	+170 000	7 192
+ AfA (für Produktkosten)	120 000	120 000	–	127
+ Zuführung Pensionsrückstellungen	254 000	254 000	–	148
– aufwandsunwirksame Ausgaben (z. B. doppische Invest. zw. 150,- und 5.000,- EUR)	–	–	–	11
– Investitionsmittel (kameral, ohne aufwandsunw. Ausgaben)	179 100	179 100	–	134
– Transfermittel (inkl. Investitionen für Transfermaßnahmen)	–	–	–	–
– Infrastrukturmittel (Ausgaben kameral)	–	–	–	–
– Projektmittel (Ausgaben kameral)	–	–	–	–
– außerordentliche Aufwendungen	–	–	–	–
– Ausgaben für Fortbildung (nicht kontiert)	–	–	–	6
+ Belastung aus Vorkostenstellen (VKST) StK	–	–	–	–
+ Personalkostendelta durch Mittlung	25 000	25 000	–	–
– Personalkostendelta durch Mittlung	–	–	–	210
+ Zuweisung aus Einzelplan 20	–	–	–	–
= Produktkosten	7 018 900	6 848 900	+170 000	7 107
– AfA (für Produktkosten)	120 000	120 000	–	127
– Erlöse in eigener Verantwortung	12 500	12 500	–	1 213
= Zuführungsbedarf (I.2)	6 886 400	6 716 400	+170 000	5 766

IV.2 Erläuterungen zur Identitätsrechnung

Personalkostendelta

In der KLR der LV-B werden die Personalkosten der Beschäftigten mit Mittelwerten angesetzt. So werden z.B. Beamtinnen und Beamte nur nach ihrer Laufbahngruppe, nicht aber nach ihrer tatsächlichen Besoldungsstufe gerechnet. Im Bereich III. (Finanzbereich) werden hingegen die tatsächlich gezahlten Personalausgaben (incl. Berücksichtigung von Besoldungsstufen etc.) dargestellt. Daher sind im Bereich IV. (Identitätsrechnung) die kameralen Daten entsprechend zu korrigieren.